



Beschluss vom 5. November 2018 zur Grundstruktur von Themenblöcken/Projektgruppen für die Arbeit der Enquete-Kommission

Überschriften gelten als Arbeitstitel für die Projektgruppen; Unterpunkte sind Empfehlungen an die Projektgruppen (Priorisierung und Überarbeitung erbeten)

1. Herausforderungen der Digitalisierung der/für die berufliche(n) Bildung

- Begriffsbestimmung und Erscheinungsformen
- Zukunft der Arbeitswelt (Auswirkungen von erwartbaren technologischen und digitalen Strukturveränderungen)
- Herausforderungen für Unternehmen: u.a. Technologische Trends in Produktion, Dienstleistungen, Geschäftsmodellen und Geschäftsprozessen, Auswirkungen auf Strukturen und Abläufe
- Herausforderungen für Arbeitnehmer/-innen: u.a. Substitution alter und Entstehung neuer Kompetenzerfordernisse (sowie Wertesystem- und Partizipationsanforderungen)
- Neuordnung von Berufsbildern (Wegfall bisheriger und Entwicklung neuer, Diversifizierungsnotwendigkeit, Dauer und Struktur von Neuordnungsprozessen, internationaler Vergleich)
- Chancen für Regionen/den ländlichen Raum
- Setzen von Innovationsanreizen, Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit, ggf. Finanzierungsfragen (öffentlich – privat)

2. Anforderungen an die Ausbildung im Betrieb

- Sicherung von guten Ausbildungsplatzangeboten und Ausbildungsplatzquoten
- Neuerung/Anpassung von Ausbildungsinhalten, Ausbildungsgestaltung, Qualifikationsanforderungen im Hinblick auf zukünftige Tätigkeitsfelder (ggf. Berücksichtigung künftiger ökologischer Entwicklungen; Rolle von Aufstiegsqualifikation und Weiterbildung als mögl. Alternative); ggf. Auswirkungen auf Ausbildungsordnungen; ggf. Professionalisierung künftiger Qualifikationsbedarfsfrüherkennung und Berufskonzeptgestaltung
- Einsatz digitaler Lehr-, Lern- und Prüfmethode sowie Lernmodule; ggf. moderne Lernkonzepte für heterogene Lerngruppen (Individualisierung von Lerninhalten als Chance oder Hemmnis)
- Qualifizierung (und Weiterbildung) von betrieblichem Ausbildungspersonal (Ausbilder/Prüfer)
- Digitale Ausstattung und barrierefreie Vernetzung von betrieblichen Lernorten (ggf. im Branchen- und Stadt-/Land-Vergleich)
- Betriebliche Erfordernisse, Rolle der Sozialpartner: Sicherung von Ausbildungsplätzen (auch: Frage nach mehr oder anderer Mitbestimmung, bedarfsgerechte Förderung beider Geschlechter (z.B. Förderung von Frauen in MINT-Berufen; Förderung von Männern in sozialen Berufen); Sicherung von Qualitätsstandards
- Rolle der Abschlussprüfung; Internationalisierung; Überschneidung mit 5.: Lösungen für Passungsprobleme (u.a. Kooperationen), Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft; Unterstützung hinsichtlich der Ausbildungsreife (Überschneidung mit 6.: assistierte Ausbildung); strukturelle Voraussetzungen für ggf. Teilzeitausbildung und Bildungsteilzeit; optimierte Zusammenarbeit mit der Berufsschule

- Besondere Herausforderungen für KMU, Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten (Überschneidung mit 5.: ggf. Umlagefinanzierung)
- Überbetriebliche Ausbildung (Erfolgsfaktoren, Grenzen)
- Überschneidung mit 4.: Betriebliche Weiterbildung

3. Anforderungen an berufsbildende Schulen (insb. Berufsschulen und Berufsfachschulen)

- Neuerung/Anpassung von Rahmenlehrplänen/Lehrplänen im Hinblick auf künftige Qualifikationsanforderungen für den schulischen Teil dualer Ausbildungen (auch Lehrinhalte wie Medien- und soziale Kompetenz; Organisationsformen wie Blockunterricht)
- Weiterentwicklung und Modernisierung der vollschulischen Ausbildung (Auswirkungen auf Ausbildungsinhalte, -gestaltung und Qualifikationsanforderungen; ggf. (Einführung einer) Vergütung; Für und Wider der Annäherung/Einbeziehung der Pflege- und ggf. erziehenden Berufe an/in das duale System)
- Einsatz digitaler Lehr-, Lern- und Prüfmethoden sowie Lernmodule in der schulischen Ausbildung
- (Nach-)Qualifizierung/Modifikation der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern an Berufs- und Berufsfachschulen (Digitalkompetenz)
- Unterrichtsversorgung und Lehrer/-innenrekrutierung (demografische Entwicklung); Lehramtsplätze und Ausbildung der Berufsschul-/Berufsfachschullehrer an (Schwerpunkt)hochschulen; Attraktivitätssteigerung der Studiengänge; Einbindung von Quereinsteigern, Freistellungsansprüche; (ggf. verpflichtende) Weiterbildung und Praktika
- Digitale Ausstattung (ggf. Digitalpakt) und barrierefreie Vernetzung der berufsbildenden Schulen; insgesamt: materielle und finanzielle Ausstattung (auch bauliche Voraussetzungen für einen modernen Campus)
- Lernortkooperationen zwischen Berufsschulen; Förderung der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren durch die Förderung regionaler Netzwerke/Kompetenzzentren und Lernplattformen (ländlicher Raum)
- Überschneidung ggf. mit 2.: Stärkung der überbetrieblichen Bildungsstätten

4. Weiterbildung, duales Studium und lebensbegleitendes Lernen

- Weiterbildungsstrukturen sowie Angebote der Fort- und (betrieblichen) Weiterbildung (Vernetzung mit Erstausbildung, Kombinationsmodelle; Aufstiegsfortbildung, innovative Weiterbildungsangebote, Anschlussqualifizierungen); Entwicklung im internationalen Vergleich; Rolle von Berufs(fach)schulen und Hochschulen
- Bestehende deutsche durchlässigkeitsorientierte Ausbildungs-Qualifizierungsangebote (z.B. hybride Ausbildungsangebote, duale und triale Studienangebote, duales Abitur als Pilotprojekt, Aufstiegsfortbildungen; späterer Hochschulzugang für beruflich qualifizierte); Schaffung weiterer Angebote (u.a. Stärkung der Aufstiegsfortbildung durch die Höhere Berufsbildung); mögliche weitere Einbindung des dualen Studiums in das BBiG
- Durchlässigkeit: gegenseitige Anerkennung von Bildungsbausteinen in beruflicher und akademischer Bildung
- Öffentliche Finanzierungs-, Förder- und Beratungsstrukturen (ggf. mögliche zentrale Zuständigkeit bei BA); zukünftige Modelle der Weiterbildungsfinanzierung (z.B. Bildungskonto oder Bildungsteilzeit), ggf. Gebührenfreiheit; Vermeidung von Mitnahmeeffekten bei Ausbau der Weiterbildungsförderung

- Abbau von Zugangshürden (auch: Einbeziehung gesellschaftlich benachteiligter Menschen; bisher wenig Partizipierender wie Geringqualifizierter, Menschen mit Migrationshintergrund; Angebote für Berufsrückkehrer/-innen)
- Einsatz neuer Technologien (Lernplattformen, E-Learning); Vereinfachung und Verstetigung berufsbegleitenden Lernens durch digitale Lösungen
- Anerkennung und Zertifizierung von Abschlüssen (Möglichkeit von Weiterbildungsmodulen); auch im europäischen und internationalen Rahmen; Standardisierung und Qualitätssicherung
- Weiterbildungsanspruch und Berufs- und Weiterbildungsberatung
- Rolle der Sozialpartner/Kammern
- Förderung und (gesellschaftliche) Anerkennung der Weiterbildung im Bereich informeller und non-formaler Bildung (z.B. Volkshochschulen); Rolle von allgemeiner Erwachsenenbildung; Validieren von Berufserfahrung (z. B. Schweizer Modell); Weiterbildung nach Wiedereinstieg in die Berufstätigkeit (Erwachsenenqualifizierung)
- Anforderungen an Weiterbildung im Kontext des lebenslangen/lebensbegleitenden Lernens/als berufsbiografisches Entwicklungskonzept; Verhältnis von betrieblicher, öffentlich geförderter und individueller Weiterbildungen in organisatorischer und finanzieller Abgrenzung

5. Attraktivitätssteigerung der beruflichen Bildung – Gleichwertigkeit und Durchlässigkeit

- (Staatliche, gesetzgeberische) Unterstützungs-/Fördermöglichkeiten: Mobilitätshilfen, regionenübergreifende Ausbildungsvermittlung; Förderung und Erhalt der Qualität der Ausbildung in Kleinst- und Kleinbetrieben sowie insg. Motivation (ggf. bei regionalem Bedarf: Verpflichtung) zur Ausbildungsbereitschaft (ggf. Umlagefinanzierung); Innovationscluster; Versorgungsnetze Berufsschulen/Verbundausbildung/Lernkooperationen; (überregionale) Kooperation zwischen Wirtschaft und Schule
- Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung und deren Stellenwert in der Gesellschaft (vor allem in gewerblichen, kaufmännischen und sozialen Berufe)
- Berufs- und Weiterbildungsberatung sowie Berufsorientierung und -vorbereitung (auch Rekrutierung an Schulen)
- Bedeutung der beruflichen Bildung für die Fachkräftesicherung/Wirtschaftskraft Deutschlands; Notwendigkeit der Steigerung der Attraktivität der beruflichen Ausbildung
- Analyse: Karriereaussichten beruflich Qualifizierter in Deutschland? Was macht Ausbildung für Bewerberinnen und Bewerber attraktiv (Faktoren bei der Berufswahl)? Was muss zur Attraktivitätssteigerung getan werden? Formen/Erfolgsfaktoren beruflicher Ausbildung in anderen Ländern
- Förderung der Internationalisierung der beruflichen Bildung/Mobilität; Einordnung der beruflichen Bildung in DQR/EQR und weitere Entwicklungslinie
- (Neu)Aufstellung der Ausbildungsfinanzierung: Mindestausbildungsvergütung, tarifliche Gestaltung von Ausbildungsvergütung, berufliche Ausbildungsbeihilfen, Schnittstellenprobleme zwischen SGB II und III, Aufstiegs-BAföG, Teilzeitausbildung, (ggf. finanzierte) Bildungsteilzeit; ggf. Vergütung in der vollschulischen (ggf. umgebauten) Ausbildung; ggf. Thematisierung von späteren Gehaltsstrukturen/Erwerbseinkommen nach der Ausbildung/im Beruf
- Stärkung der Imagefaktoren beruflicher Bildung (im Vergleich zu akademischer); Aufklärung über Möglichkeiten von Zusatzqualifikationen
- Anreizsetzung durch Ausbau der Förderungslandschaft im nicht-akademischen Bereich
- Stärkung der Aufstiegsförderung
- Teilzeitausbildung

6. Zu- und Übergänge – Passung, Berufsorientierung, Fachkräftesicherung, Integration besonderer Gruppen

- Bestandsaufnahme zu gegenwärtigen Herausforderungen regionaler und sektoraler Passungsprobleme (Ausbildungsbereitschaft und Ausbildungsquoten, Ausbildungswünsche)
- Analyse künftiger Bedarfe an Auszubildenden/Fachkräften für Branchen und Regionen (Arbeitsmarkt in städtischen und ländlichen Regionen; ggf. Verhinderung von Landflucht; Pflege- und Sorgetätigkeiten)
- Bessere Berufsorientierung und -vorbereitung (mit innovativen Ansätzen vorberuflicher Bildung) in den Schulen (mit dem Ziel erfolgreicher Arbeitsmarktintegration/Beschäftigungsfähigkeit/geringen Arbeitslosigkeitsrisikos und der Sicherung des Fachkräftebedarfs): ggf. Wahlpflichtstunden für mehr Praktika, Elterngespräche, Berufsberatung als Bestandteil des Stundenplans
- Anerkennung non-formaler Kompetenzen
- Erleichterung von Übergängen zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, v.a. bei Haupt- und Mittelschulen sowie Gymnasien; verbesserte vertikale und horizontale Durchlässigkeit im Berufsbildungssystem, z.B. gegenseitige Anrechnungsbezüge bei Studienabbrecher/-innen und Studienanfänger/-innen
- Weiterentwicklung/Reform des Übergangssystems: Ausbildungs- (und Arbeits)marktintegration lernschwächerer oder gesellschaftlich benachteiligter junger Menschen mit geringer Qualifizierung (Geringqualifizierte), mit Behinderung (Inklusion), mit Fluchthintergrund (Geflüchtete), mit einschränkenden Familienpflichten (z.B. Alleinerziehende, junge Eltern): (Ausbau) assistierter Ausbildung (Vermittlung und Berufseinstiegsbegleitung), Ausbildung in Teilzeit; Rolle von Sozialpartnern, Kammern und Schulen
- Fachkräftezuwanderung; Europäische und internationale Berufsausbildung (– gegenseitige – Anerkennung von Abschlüssen, ausländischen Berufsqualifikationen); Ausbau des europäischen Bildungsraums
- (ggf. Verhältnis Erst- und Weiterbildung)

7. Aus- und Weiterbildungsfinanzierung

Diese Projektgruppe soll erst im Oktober 2020 ergänzend anfangen zu tagen und die bisherigen Einzelberatungen aus den anderen Projektgruppen noch einmal in ihrer Gesamtheit bewerten, ggf. erweitern oder zusätzliche Empfehlungen erarbeiten:

- Mindestausbildungsvergütung, tarifliche Gestaltung von Ausbildungsvergütung
- Berufliche Ausbildungsbeihilfen
- Schnittstellen zwischen SGB II und III
- Aufstiegs-BAföG und Studenten-BAföG
- Teilzeitausbildung
- öffentlich geförderte Bildungsteilzeit im Betrieb
- Vergütung in der vollschulischen Ausbildung
- individuelle Weiterbildungsförderung
- Notwendigkeit einer (Neu)Aufstellung der Ausbildungsfinanzierung